



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Pressemitteilung

Pößneck, den 18.06.17

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Gut 200 Bürger folgten der Einladung der Bürgerallianz Thüringen und der Bürgerinitiative „Vollbiologische Kleinkläranlagen Nein Danke! - Kleingeschwenda/Munschwitz“ am 09.06.17 zur Regionalkonferenz nach Kleingeschwenda (bei Leutenberg).

Gemeinsam mit Vertretern der Landespolitik, Gemeinden, Landräten, Bürgerinitiativen, Fachleuten, betroffenen Bürgern und Vertretern des Zweckverbandes wurde über die Situation der Abwasserbehandlung im ländlichen Raum diskutiert. Hintergrund ist der Zwang zum Bau von Vollbiologischen Kleinkläranlagen für Grundstückseigentümer in kleineren Orten, welche nach den Abwasserbeseitigungskonzepten der Zweckverbände für einen Anschluss an eine Kläranlage nicht vorgesehen sind. Dadurch entsteht eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Menschen im ländlichen Raum. Die Baukosten können bis zu 10.000 € betragen und die dauerhaften Betriebs- und Nebenkosten belaufen sich gegenüber Anschlussnehmer an zentralen Kläranlagen auf ein Mehrfaches (Beispiel ZV Orla-196 %).

Die Vertreter zahlreicher Bürgerinitiativen und Betroffene haben sich für ökologische Gemeinschaftslösungen im Eigentum der Zweckverbände ausgesprochen, die von diesen auch betrieben und gewartet werden sollen. Olaf Möller (B90/Die Grünen), Staatssekretär des TMUEN, kündigte eine entsprechende Änderung des Thüringer Wassergesetzes für Februar 2018 an. Möller sagte: „Der Zweckverband soll doch Vollbiologische Kleinkläranlagen selbst bauen und betreiben, wenn er der Meinung ist, dass Einzellösungen die kostengünstigste Lösung sind.“ Rückendeckung und Zustimmung erhielt Staatssekretär Möller durch die Vertreter der Landtagsfraktionen Tilo Kummer Umweltpolitischer Sprecher Fraktion Die Linke, Maik Kowalleck MdL CDU Fraktion und Olaf Kießling MdL der AfD Fraktion. Vertreter der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen waren nicht anwesend.

Bis zur Änderung des ThürWG wurde durch die Vertreter der Landespolitik, des Umweltministeriums und der Bürgerinitiativen die Rücknahme bzw. Aussetzung der Sanierungsanordnungen durch die Zweckverbände und Untere Wasserbehörden sowie die Aussetzung entsprechender Widersprüche gefordert. Die Bürgerallianz Thüringen hat Musteranträge für Gemeinderäte und Bürgermeister entworfen, welche als Beschlussvorlage in Zweckverbänden für die Aussetzung des Vollzuges von Sanierungsanordnungen und der Widersprüche gegen die Bescheide verwendet werden können. Robert Geheeb (SPD), Bürgermeister der Stadt Leutenberg, hat in der Versammlung angekündigt, dies im ZWA Saalfeld Rudolstadt zu beantragen und gemeinsam mit dem CDU Landtagsabgeordneten Maik Kowalleck dies mit dem Landrat und der Unterer Wasserbehörde zu beraten. Unterstützung dafür wurde auch von Tilo Kummer (Die Linke) angeboten.



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Spannend und informativ waren die Vorträge von Tilo Sahlbach – Verein zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz“ und Detlef Schwager – Firma AquaVerde. Eindrucksvoll wurde ökologisch und wirtschaftlich nachgewiesen, dass es anders geht, wie derzeit geplant. Rechtsanwältin Frau Dr. Müller, von der Kanzlei Dr. Hohmann – Dr. Müller aus Fulda, die aus Burglennitz stammt, konnte mit ihrem Beitrag beeindruckend die Teilnehmer davon überzeugen, dass der Widerstand gegen die Sanierungsanordnungen von Kleinkläranlagen berechtigt ist. Sie forderte den Gesetzgeber auf, das ThürWG schnellstmöglich dahingehend zu ändern und bis dahin die Aussetzung der Sanierungsanordnungen bzw. deren Widersprüche durch die Zweckverbände und Untere Wasserbehörden.

Von den anwesenden drei Vertretern der Zweckverbände aus Pößneck (ZV Orla), Gera (ZV Mittleres Elstertal) und Saalfeld (ZWA) stellte sich der Vertreter des ZWA, Herr Ziermann, den Fragen der betroffenen Bürger und verteidigte die Haltung des ZWA. Kathrin Käßner, Vorsitzende der BI „Vollbiologische Kleinkläranlagen Nein Danke! - Kleingeschwenda/Munchwitz“ hat den Vertreter des ZWA Herrn Ziermann gebeten, seinen Verbandsvorsitzenden und seinen Geschäftsleiter die Ausführungen des Staatssekretärs Möller (TMUEN) zu übermitteln und um die sofortige Rücknahme der Sanierungsanordnungen gebeten. Wolfgang Kleindienst, Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen, forderten die Landespolitik und die Kommunalpolitiker auf, ihre abgegebenen Versprechen nun in die Tat umzusetzen und die Menschen im ländlichen Raum nicht zu enttäuschen. Die Bürgerinitiativen sind bereit mit allen Akteuren Gespräche zu führen, die für eine gerechte Abwasserbehandlung des ländlichen Raums zielführend sind. Die Teilnehmer haben bekräftigt, ihre Zusammenarbeit in Thüringen weiter zu stärken. Als nächstes ist eine Besichtigung eines Modellvorhabens einer Gruppenkläranlage der Eichsfeldwerke in Wüstheuterode vorgesehen. Wir wollen auch Lösungsvorschläge vorstellen, wie es gehen kann.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender

Hier können Sie lesen, was die Presse davon veröffentlicht hat:

Kleingeschwenda: Klärung der Kläranlagenfrage in Aussicht

Staatssekretär kündigt in Kleingeschwenda Gesetzesänderung an

20. Juni 2017 / 02:59 Uhr Ostthüringer Zeitung Lokalredaktion Saalfeld

Kleingeschwenda/L. Eine Änderung des Thüringer Wassergesetzes bis Februar 2018 kündigte Thüringens Umweltstaatssekretär Olaf Müller (Grüne) kürzlich vor rund 200 Bürgern bei einer Regionalkonferenz der Bürgerallianz Thüringen und der Bürgerinitiative „Vollbiologische Kleinkläranlagen Nein Danke! - Kleingeschwenda/Munchwitz“ in Kleingeschwenda an.



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Gemeinsam mit Vertretern der Landespolitik, Gemeinden, Landräten, Bürgerinitiativen, Fachleuten, betroffenen Bürgern und Vertretern des Zweckverbandes wurde über die Situation der Abwasserbehandlung im ländlichen Raum diskutiert. Hintergrund ist der Zwang zum Bau vollbiologischer Kleinkläranlagen für Grundstückseigentümer in kleineren Orten, welche nach den Abwasserbeseitigungskonzepten der Zweckverbände für einen Anschluss an eine Kläranlage nicht vorgesehen sind.

Die Vertreter zahlreicher Bürgerinitiativen und Betroffene haben sich für ökologische Gemeinschaftslösungen im Eigentum der Zweckverbände ausgesprochen, die von diesen auch betrieben und gewartet werden sollen. Bis zur Gesetzesänderung sollen die Sanierungsanordnungen ausgesetzt werden.

Thomas Spanier / 20.06.17